

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch den Postweg in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle besonderer Gewinne, Betriebsführung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameseite 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 140

Dienstag, den 26. November 1929

31. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Der frühere französische Ministerpräsident Clemenceau, der „Tiger“, der uns die größten Gefahren und Gefahrensituationen in Folge seines unerschütterlichen Hesses im Weltkrieg verdient gebracht hat, liegt im Sterben.
* Im Stetlin ist es von den früheren Mitarbeitern Lenins recht einsam geworden, er hat sie alle in die Verbannung geschickt.
* Der Monat Januar wird viele internationale Tagungen bringen, unter ihnen die zweite Haager Konferenz, Sanverhandlungen, Plattenkonferenz und Weltkongressatung.
* Es sind wieder Zweifel entstanden, ob Stecher der Düssel-dorfer Maschinenbau ist, da die Zeugen ihn nicht erkennen wollen.

Deutschland und Polen.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen ist mehr als unglücklich. Der deutsch-polnische Zollkrieg, das Ergebnis einer mangelhaften währungs-politischen Aktion, scheint durch Bindungen beendet zu werden, in denen sich die Handelspolitik überlagert. Erinnern wir uns an die Situation im Sommer 1925, als die Polen die letzte große Untertreibung machten, die Währungsstabilisierung, die der kluge Grafski Anfang 1924 mit einem gewissen Erfolg eingeleitet hatte, die dann aber durch das Prekärebedürfnis der Bank Polst, die sich gegen jeden ausländischen Kapital-einfluß wehrte, gefährdet wurde, durch härteste Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Außenhandel zu sichern. Die Einfuhr durch Verbote zu drohen, um die Devisen-relevanz des Landes zu sichern, gehörte zu den Möglichkeiten der Währungsstabilisierung, die die Polen vielleicht bei uns, vielleicht bei anderen gelernt haben, die ebenfalls immer wieder gemacht werden. Aber auch Polen diese Maßnahmen ergreift, durch die wesentliche deutsche Wirtschaftsinteressen auf schwerste gefährdet wurden, zwang es das Deutsche Reich zu Gegenmaßnahmen, die nun ihrerseits der polnischen Ausfuhr einen schweren Schlag verleihten.

Schon damals haben einseitige Wirtschaftspolitik darauf hingewiesen, daß der Zollkrieg für beide Teile ein schlechtes Geschäft sein würde. Die Polen haben sich schließlich bereitwillig machen, ausländische Finanz-freie zur Erweiterung des Aktienkreises der Bank Polst, deren Kreditbasis zu klein war, in Anspruch zu nehmen. Man hat sich dabei sagen lassen müssen, daß die ausländischen Geldgeber eine Gesundung der polnischen Verhältnisse u. a. von einer handelspolitischen Verständigung mit Deutschland erwarten. Diese Verständigung ist nicht gekommen, aber die Zeit hat manche Schwierigkeiten überwinden helfen, mit denen die polnische Währungsstabilisierung zuerst nicht fertig werden zu können glaubte. Sie hat aber leider in demselben Maße vorhandene handelspolitische Schwierigkeiten gelindert und neue geschaffen. Die lange Dauer des Zollkrieges mußte dazu führen, daß die polnischen Kaufleute sich neue Geschäftsverbindungen in Scandinavien und in England suchten und niemand weiß, wann wir wieder einmal in dieses Geschäft hineinkommen werden. Zerschlagen ist auch der kleine Grenzverkehr und damit tausende von selbständigen Existenzen des taumelnden Mittelstandes. In einer Volksgemeinschaft von über 1800 Kilometer ist viel nationale Kraft auf diese Weise vergeudet, viel wirtschaftliche Energie zertrötet worden.

Man darf wohl sagen, daß es in all diesen Jahren an Stimmen, die zur Verständigung mahnten, nicht gefehlt hat. Aber es ist selbstverständlich, daß die jahrelange Dauer des Zollkrieges nicht nur neue Geschäftsverbindungen, sondern auch neue industrielle Unternehmungen in Polen selbst hat entstehen lassen und daß nunmehr Unternehmens- und Arbeiterkraft in diesen Wirtschaftszweigen sich an der Aufrechterhaltung des handelspolitischen Kriegszustandes interessiert glauben. Auch auf deutscher Seite ist es verständlich, daß die Landwirtschaft, nachdem sie jahrelang vom Druck der polnischen Konkurrenz frei war, im übrigen aber aus Gründen, die zur Genüge diskutiert sind, eben auch nicht erfolgreich wirtschaften konnten, sich heute mehr denn je gegen den Gedanken einer Erneuerung dieses Konkurrenzkampfes wehrt. Das Reichsernährungsministerium hat jahrelang mit allen Mitteln diesen Standpunkt der deutschen Landwirtschaft in der deutschen Reichspolitik vertreten.

Schäfer hat sich die Situation insofern geändert, als die größten Schwierigkeiten ungewissheit seitens Polen gemacht wurden. Und nun stehen wir auf einmal wieder vor Vereinbarungen, die zum Teil, wie der Handelsvertrag, schon vorliegen, aber die, wie der Handelsvertrag, noch mit dem geheimnisvollen Schleier amtlichen Sachverständigen verhällt sind, über dessen Inhalt man nur gelegentlich dieses und jenes hört. Was

man sieht und was man hört, ist für die Freunde einer großzügigen Handelsvertragspolitik nicht leicht verständlich. Das Quäntionsabkommen ist für einen Staat, dessen Verfassung den Schutz des Privateigentums gewährleistet, schwer zu ertragen. Als Vorstufe zu einem Handelsabkommen betrachtet, wird die Beurteilung dieses Quäntionsabkommens für die Freunde der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit keineswegs erträglich. Denn wer auch immer Handelsverträge und Abbau der Zollschranken will, will doch auch, daß das Geschäft gemacht wird und den Gläubigern die Überlegenheit der Handelsfreiheit und ihren Augen für alle Freiheit nicht entgeht. Nun werden aber auch schon in der Presse Klänge erörtert, die von vornherein mit dem Sinne verlegt werden müssen, daß ideologisch-dogmatische Bindungen angefügt der Notwendigkeit einer allein nach Zweckmäßigkeitsgründen orientierten Wirtschaftspolitik in einem so verarmten Lande wie Deutschland unmöglich seien. Als ob der Kampf für die freie Wirtschaft gegen die staatliche Regulierung eine Ideologie wäre und nicht viel mehr das Ergebnis schlechter und manchmal auch peinfacher Erfahrungen! Es scheint, daß wir in eine Periode der politischen Handelspolitik hineinkommen, die unter dem Motto steht: Wir wollen tun, als ob wir Freunde wären und ganz intime noch dazu. Und es scheint fast, als ob die Freunde des Freihandels jetzt ihrerseits die Aufgabe hätten, darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Distanz zwischen den Völkern durch die Vernunft geboten erscheint.

Die überlasteten preussischen Gerichte.

Eine amtliche Zusammenfassung.

Berlin, 24. November.

Als Anlaß der bevorstehenden Haushaltsberatung im Reichsminister Landtag wird vom Justizministerium eine Übersicht über die Arbeit der preussischen Gerichte gegeben, aus der sich ergibt, daß das Jahr 1929 gegenüber 1913 eine Zunahme von 498 782 Vorgängen auf 788 812 aufweist, also um 290 030, oder 38 Prozent gegenüber einer Steigerung der Neueingänge um nur etwa 26 Prozent. Gegenüber der Vorkriegszeit weisen nur die Uebertretungs-sachen einen Rückgang auf, der für die Belastung der Gerichte wenig bedeutet, weil er in der gebührenden Angelegenheiten Strafverfolgungsmaßnahmen und der Forderung der Konstitutionsgesetzgebung seinen Grund hat und daher die Gerichte nur von der Beurteilung der am einfachsten liegenden Uebertretungssachen befreit.

Die eigentliche Belastung der Strafgerichte, die in den Verbrechen- und Vergehenssachen zum Ausdruck kommt, entspricht zahlenmäßig der Vorkriegszeit, ist aber tatsächlich erheblich größer, weil jetzt monatlich etwa 1500 einfache Vergehenssachen auf Grund der Verkürzung des Rechtsverjährungsrechts in der Gegenwart kommen. Die Erhöhung der Strafen und der polnischen Strafverfahren, erweitertes Recht auf Beweiserhebungen, Auffassung des pädagogischen Gründe für die Tat, der Reform des Jugendgerichtsverfahrens und dem Ausbau des Gnadenverfahrens, das nicht nur durch die notwendige Berücksichtigung und Beobachtung des Täters erhebliche Arbeit verursacht, sondern gleichzeitig auch die Strafverfolgung gegenüber der Vorkriegszeit sehr wesentlich erschwert hat.

Die weitere Arbeitsvermehrung gegenüber der Vorkriegszeit ergibt sich u. a. durch die Aufwertungs-gesetzgebung und die damit zusammenhängende Unübersichtlichkeit des Grundbuchs.

Eine Folge der Novemberwahlen.

Umwandlung des Staatsrates und des Reichsrates.

Berlin, 24. November.

Der Großwahltag vom 17. November hat zur Folge, daß auch Veränderungen des preussischen Staatsrates im ganzen und des Reichsrates zu einem wesentlichen Teil eintreten. Die Mitglieder des Staatsrates und ihre Stellvertreter werden von den Provinziallandtagen gewählt. In Berlin geschieht die Wahl durch die Stadtverordnetenversammlung, in den hohenzollernischen Landen und in der Grenzmark Posen-Westpreußen durch die Kommunallandtage. Die Mitglieder des Staatsrates werden unmittelbar nach der Neuwahl der einzelnen Provinziallandtage neu-gewählt.

Als erster Provinziallandtag wird der brandenburgische zusammengetreten, und zwar etwa am 1. Dezember, während die übrigen Provinziallandtage etwa bis Ende Februar sich konstituiert haben werden. Erst dann ist auch ein Ueberblick möglich, welche personellen Veränderungen im Staatsrat und im Reichsrat eintreten. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß die Zusammenlegung des Staatsrates und des Reichsrates, die durch die preussischen Provinzen zu bestellen sind, anders ausfallen wird.

Sparfamteitsvorschläge des Reichstages.

Die Denkschriften des Rechnungshofes.

Berlin, 23. November.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages hat dem Reichstag den Bericht über die Denkschriften des Rechnungshofes vorgelegt und dabei in bemerkenswerter Weise Stellung zu einer Anzahl von Fragen genommen, die durch die Denkschriften des Rechnungshofes zur Erörterung gestellt worden sind.

Der Haushaltsauschuß hat sich die Feststellungen des Rechnungshofes zu eigen gemacht, daß die Bestimmungen über die Berechnung des Besoldungsdienstalters dringende einer Durcharbeitung im Sinne einer Vereinfachung und einer klaren unabweisbaren Darstellung für die mit der Festlegung des Besoldungsdienstalters betrauten Stellen bedürfen.

Er hat sich alsdann weiterhin besonders mit der Finanz-gesamtheit der Wehrmacht befaßt. Insbesondere kann der Zustand, daß ein großer Teil der Ausgaben in der Wehr-macht überhaupt nicht geprüft wird, auf die Dauer nicht beibehalten werden. Es wird angestrebt werden müssen, daß die Vorrprüfung bei der Wehrmacht möglichst erweitert wird und auch die Prüfung des Rechnungshofes in angemessener Maße stattfindet. Möglichenfalls wird zu diesem Zwecke eine Verstärkung des Personalstabes des Rechnungshofes ins Auge gefaßt werden müssen. Weiterhin sind die Verträge, insbesondere der Marine,

gegen die Haushaltsordnung gerügt worden, denn es sind bei der Marine verschiedentlich haushaltsrechtlich unzulässige Bindungen festzustellen worden. Es ist wieder gefordert, Bestände an Verbandsstellen, z. B. Kosten, zu halten, die das Abschneiden des Jahresvertrages darstellen, noch ist es erlaubt, etwaige Reste bei den entsprechenden Titeln beim Schluß des Haushaltsjahres budmäßig noch zu ver-ausgaben. Der Haushaltsauschuß hat vorgeschlagen, daß der Reichsfinanzminister Schritte unternimmt, um

die persönliche Verantwortlichkeit

der an der Berechnung des Haushaltsrechts beteiligten Beamten festzustellen und die erforderlichen Maßnahmen gegen diese Beamten zu treffen. In diesem Zusammenhang hat der Haushaltsauschuß auch bemängelt, daß mehrfach nicht geprüft worden ist, ob sich eine zivilrechtliche Haft-barmachung von Beamten in den Fällen durchführen ließ, mo durch die Haftung dieser Beamten

dem Reiche erheblicher Schaden

entstanden ist. Schließlich wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Prüfung der Verhältnisse bei der Reichsbahn und der Reichspost durch den Rechnungshof behauerlichweise nicht mehr erfolgt. Es erscheint dringend notwendig, bei der Durchführung des Young-Planes unter allen Umständen das volle Prüfungsrecht des Rechnungshofes bei der Reichsbahn wieder sicherzustellen.

Was die Reichsbahn anlangt, so hat die dem Rechnungshof ein weiteres Kontrollrecht bestritten. Nach Auffassung des Rechnungsuntersuchungsausschusses des Reichstages sind aber vom Finanzminister die Interessen des Reiches gegenüber dieser ablehnenden Haltung der Reichsbahn nicht voll durchgesetzt worden. Der genannte Ausschuß des Reichstages ist der Meinung, daß trotz der besonderen Rechtsstellung der Reichsbahn eine Kontrolle des Rechnungshofes gegenüber der Reichsbahn in dem Umfang, in dem er sich früher ausgeübt hat, nicht nur zulässig, sondern auch geboten ist.

Es erscheint dringend notwendig, daß die Reichsregierung bei der Annahme des Young-Planes auch für die volle Wiederherstellung des Kontrollrechts des Rechnungshofes bei der Reichsbahn sorgt.

Reichsminister a. D. Dr. Schulz wieder gehen.

Berlin, 23. November. Reichsminister a. D. Dr. Schulz, der erste Vorsitzende der völkspolitischen Reichsstaatsrat-istion ist gehen und hat das Krankenhaus verlassen. Er muß sich allerdings einer gewissen Schonung unterziehen und wird darum wohl zunächst einen Erholungsurlaub anstreben.

Vom deutsch-nationalen Reichsparteitag

Sonderberatungen in Kassel.

Der zweite Verhandlungstag des deutsch-nationalen Reichsparteitages begann mit einer Sitzung der Parteiver-tretung, in der nach dem Bericht des Parteivorsitzenden Hugenberg die Abgeordneten Graf Weizsäcker und Dr. von Winterfeldt die Berichte über die Tätigkeit der Reichsstaatsrat-istion und der preussischen Landtagsrat-istion erstatteten. In einer Sitzung des deutsch-nationalen Lehrerbundes sprach Landtagsabgeordneter Dr. Weitemann-Stemisch über „Freiheit der Persönlichkeit und preussische Kulturpolitik“.

Auf der Tagung des Ausschusses für die Heilbrunn stand die Reform der Reichsvereinerungsordnung zur Beratung, über die Dr. Heubert-Berlin berichtete. Auf einer Sonder-beratung des Bismarckbundes, an der auch der Parteivorsitzende Dr. Hugenberg teilnahm, sprach der Reichsführer des Bismarckbundes Henning über die Stellung des Bismarck-bundes zur deutsch-nationalen Volkspartei.

Vom deutsch-nationalen Reichsparteitag

Entschlüsse der letzten Volkerversammlung.

— Kassel, 24. November.
In der letzten Vollversammlung des deutsch-nationalen Reichsparteitages legte der Vorsitzende Dr. Hugenberg drei Entschlüsse vor, die dem Parteitag einstimmig genehmigt wurden. Die erste erhebt Einspruch gegen den Gehalt des Kaufser paraffinierten

deutsch-polnischen Liquidationsvertrag und gegen die Absicht des Reichsaussenministers, den politischen Gehalt gegen Polen in wichtigen Punkten preiszugeben. Es mußte von der deutschen Regierung verlangt werden, beim Kampf um die Weichsel nicht deutsche Lebensrechte preiszugeben. Die zweite Entschlüsse entbietet den Beamten

den Dank der Partei, die sich von der Eintragung in die Listen zum Volksbegehren nicht abreden ließen, für ihr mannhaftes und mutiges Verhalten. Gleichzeitig wendet sie sich gegen das Verhalten von Reichs- und preussischer Regierung und verpflichtet mit allen der Partei zu Gebote stehenden Mitteln für die Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte und für jeden Beamten einzutreten, der wegen seines Bekenntnisses verfolgt werde. Schließlich wird mit Bezug auf die Saarverhandlungen gefordert, vor den wirtschaftlichen Verhandlungen

die politische Klügeliederung, kein Verzicht auf ein Stück deutschen Bodens.

Bedingungslose Übergabe der Saargebiete an Preußen und Bayern.
Unbedingte Ablehnung einer Vertikalisierung französischer Kapitalien. Keine Regelung auf Kosten der Landwirtschaft. Keine Übernahme irgendeiner durch kein politisches Verhalten belasteten Beamten. Zusätzlich sichert die deutschnationale Volkspartei allen Deutschen an der Saar stärkste Unterstützung zu.

Es folgten Vorträge über das Thema „Der geistige und wirtschaftliche Kampf gegen den Marxismus“ mit Referaten der Abgeordneten Lind und Jäger (Selle) und ein Referat des Reichstagsabgeordneten Hartung über die Ziele der deutschnationalen Wirtschaft im Gegensatz zu den marxistischen Weltanschauungen.

Clémenceau im Todeskampf.

Kein operativer Eingriff mehr möglich.

Paris, 24. November.
In dem Befinden Clémenceaus ist eine wesentliche Wendung zum Schlimmeren eingetreten, so daß das Warten nur noch eine Frage von Stunden ist. Clémenceau liegt bereits in Ugonie, und die Ärzte, die einen letzten operativen Eingriff versuchen, müßten von dem Vorhaben Abstand nehmen, da sie sich selbst von der Zwecklosigkeit überzeugt haben. Clémenceau leidet beinahe an einer schweren Harnsäurevergiftung.

Der Todeskampf Clémenceaus dauert an, doch haben die Schmerzen, die in der vergangenen Nacht so groß waren, daß sein Schreien und seine Klagen bis auf den Hof vernommen werden konnten, etwas nachgelassen. Clémenceau leidet etwas weniger, aber seine Kräfte arbeiten nicht mehr. Ueber den zu erwartenden trügerischen Ausgang wollte der Arzt sich nicht weiter aussprechen. Dr. de Gennes gab die Erklärung ab, daß man Clémenceau für kurze Augenblicke aufrecht setzen könne und daß er Minuten habe, in denen das Bewußtsein zurückkehren könnte. Dann falle er wieder in den Zustand der Bewußtlosigkeit zurück, der die Folge einer um sich greifenden Harnsäurevergiftung sei. Herz und Lungen des Kranken arbeiten dabei vollkommen normal. Nur die Nieren lassen den Kranken im Stich.

Das Roggenproblem.

Pläne des Reichsernährungsministers.

Berlin, 23. November.
Die Jollart-Novelle vom 17. August 1925 tritt am 31. Dezember d. J. außer Kraft, wenn sie nicht verlängert werden würde, würde nicht nur wichtige Agrarvorteile, sondern auch eine große Reihe wichtiger Industriezölle in Fortfall kommen. Es ist beabsichtigt, in Verbindung mit der Verlängerung der genannten Jollart-Novelle, die im Sommer dieses Jahres unerledigt geliebtenen jollartpolitischen Fragen auf wirtschaftlichem Gebiet zu regeln und daneben

einige dringliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Marktregelung zu treffen. Es handelt sich zunächst um das Getreideproblem,

bei dem wiederum die Roggenfrage im Vordergrund steht. Infolge der guten Roggenenernte der beiden letzten Jahre sind große Ueberschüsse vorhanden, die preisdrückend auf den Markt wirken. Der Gebante, durch

Einführung eines Beirahmungszwanges von Roggen zum Weizen einen vermehrten Roggenverbrauch zu erzielen, hat sich infolge unüberwindlicher technischer Schwierigkeiten als undurchführbar erwiesen. Es bleibt daher nur übrig, einen Anreiz zur verkehrten Roggenverfütterung zu geben. Das müßte dadurch geschehen, daß verbilligte Roggen aus dem Osten nach dem Westen geschickt und dort mit niedrig verzollter Gerste Schweinemäthern zugeführt wird. Danach wird auf der einen Seite eine Entlastung der Roggenmärkte des Ostens erreicht, auf der anderen Seite

eine stärkere Verfüterung des Roggens im Westen unter gleichzeitiger Sicherung des Getreidebezuges für die Schwememäther zu dem bisherigen Zollsaß. Wer nicht den Schaden erbringen kann, daß er derartig verbilligte Roggen für Fütterungszwecke gekauft hat, wird in Zukunft Gerste nur zu erhöhten Zollsätzen, nämlich 5 Mark beziehen können. Als weitere Maßnahme zur

Stützung des Roggenmarktes ist die Einlagerung einer großen Menge Roggen beabsichtigt. Für Roggen und entsprechenden Getreidearten wirderner erzwungen, die Zölle dem jeweils geltenden Preisverhältnis anzupassen. Grundsätzlich sollen die jetzigen Zölle für Getreide beibehalten werden, aber bei Unterschreiten bestimmter Preisgrenzen erhöht, beim Ueberschreiten gewisser Preise ermäßigt werden.

Snowden gibt nicht nach.

Bräute Ablehnung des Schatzanlagers.

Schatzanleger Snowden gab jetzt im Unterhaus die angelegentlichste Erklärung zur Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums ab. Er verzweigte sich mit Nachdruck dagegen, daß die britische Regierung in dieser Frage eine Politik verfolge, die weniger großzügig sei als die der übrigen beteiligten Regierungen. Das ist nicht zu wahren, sondern die Angelegenheit näher auseinander und betonte, daß er sich mit den britischen Sachverständigen des Young-Kommissars in Verbindung gesetzt habe. Von diesen sei er dahin unterrichtet worden, daß es deren Absicht sei, wenn alle übrigen Sachverständigen der Gläubigeremächte des Young-Kommissars, entgegen

daß die Liquidationserlöse des deutschen Eigentums in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages zurückgehalten werden sollten. Es habe Uebereinstimmung zwischen den Sachverständigen bestanden, daß kein Teil dieser Erlöse an Deutschland zurückgezahlt werden sollte. Nur auf Grund dieser Verständigung hätten die Sachverständigen der Gläubigeremächte einer Verminderung der deutschen Verpflichtungen, wie sie in dem Young-Plan vorgesehen sei, zugestimmt.

Die deutsche Regierung hat von diesem Stand der Dinge ausweichend und ordnungsgemäß unterrichtet worden und sie wolle, daß jeder Ueberschuß, der sich nach Befriedigung der britischen Ansprüche aus den Liquidationserlösen ergeben sollte, Deutschland auf das Konto der Reparationen gutgeschrieben werden würde.

Die deutsche Auffassung.

Die Erklärung Snowdens zur Freigabe des liquidierten deutschen Eigentums wird auch in maßgebenden deutschen Kreisen als eine völlige Ablehnung des deutschen Standpunktes in Uebereinstimmung mit der früheren amtlichen Antwort des Schatzamtes auf die Schritte der deutschen Regierung gewertet.

Die Erklärung, die ihrem ganzen Charakter nach eine Bestätigung darstellt, ist ganz auf das Argument gestützt, daß die Sachverständigen der Gläubigerstaaten des Young-Kommissars die Annahme des Planes von dem Verzicht auf Rückgabe der Liquidationserlöse abhängig gemacht hätten und die deutsche Regierung hieron ordnungsmäßig verständigt worden wäre.

Wie trotz dieser Standpunkt ist, ergibt sich schon daraus, daß Kapitel 9 des Young-Planes nicht die Auffassung der alliierten Sachverständigen festlegt, sondern nur davon spricht, daß eine Einigung nicht erzielt werden könnte und hieraus die Forderung zieht, daß die Frage weiterer direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen „im Sinne gegenseitiger Zugeständnisse“ vorbehalten bleiben soll.

Schließlich enthalten die Snowden-Erklärungen einen Hinweis auf die Tatsache, daß die Schatzkanzler seit dem England auf dem Gnadenwege bereits fünf Millionen Pfund freigegeben habe und im Begriff sei, weitere fünf Millionen Pfund an nicht liquidiertem Eigentum freizugeben. In dieser letzteren Summe sind zehn Millionen Dollar amerantlicher Wertpapiere eingeschlossen, die seinerzeit in London hinterlegt waren und später von England an den amerantlichen Treuhänder für das deutsche Eigentum zurückgegeben, aber wieder zurückbehalten worden waren.

Diese Forderung allein von zehn Millionen Dollar, deren Durchführung für England ohnehin sehr wenig ausüßterisch fand, ist also das einzige laßliche Zugeständnis, das Snowden nachzuweisen vermochte.

Die alten Heger rühren sich.

Millerand gegen die Räumung von Rhein und Saar.

Paris, 23. November.
Die Senatsgruppe der republikanischen Union hätte einen Vortrag des Senators Ordinaire über die Saarfrage. Der Redner behandelte die Eröffnung der Saarverhandlungen, die er als übereilt bezeichnete. Die frühere Regierung hätte keinen auf die Annahme des Versailleser Vertrages achten müssen. Sodann unterzog

Senator Millerand das Saar- und Rheinland-Problem einer kritischen Prüfung. Wir sehen, so führte er aus, vor der Räumung des Rheinlandes „Das Datum des 9. Februar 1925 werde in diesem Zusammenhang später einmal in der Geschichte eine besondere Bedeutung erhalten. Seit diesem Tage verpflichtete sich Frankreich, mit Deutschland Verhandlungen einzuleiten, die

die deutsche Diktatur außerhalb ihres Bereichs ließen. An diesem Tage hat Frankreich das Gesicht gewechselt. Bis dahin hatte es sich auf seine Verbündeten gestützt. Seit damals dient Frankreich der Durchführung des deutschen Programms, dessen ersten Artikel, die Rheinlandräumung, betrafte erreicht ist.

Andere Artikel, wie der Rückfuß Deckerreichs und die Frage des politischen Korridors werden folgen. Aber nicht für diese Politik ist wir im Innern die Ausland als ein Friedensfeind geschmäht. Es ist höchste Zeit, daß die nationale Republikaner zu sich kommen und den Widerstand gegen eine Politik organisieren, die sich in den Worte zusammenfassen läßt:

Wir gegen den Krieg unter der Fahne des Friedens entgegen.

Stalins Bannstrahl.

Lenins Mitarbeiter in Ungnade.

Moskau, 24. November.
Es wird immer einjamer um Stalin. Tod und Ungnade räumen unter der alten kommunistischen Garde stark auf. Jetzt hat auch Bukharin, der einzige Theoretiker des Bolschewismus seit Lenins Tod Stalins Macht zu fühlen bekommen. Er ist nicht nur aus dem Polit-Büro, der Leitung der Partei, ausgeschlossen, sondern er soll auch auf dem bevorstehenden Parteitag aus der kommunistischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Freilich war schon Bukharin, selbst ein vor Monaten auf Stalins Befehl die Redaktion der „Iswestija“ und die Leitung der 3. Internationale niederlegen mußte, politisch ein toter Mann.

Unjo überlegenheit ist jetzt aber das Vorgehen gegen Nylov gekommen, der seit Lenins Tod den Vorhitz des Rates der Volkskommissare innehatte, ein Posten, der etwa mit dem Amt des Reichszangers in Deutschland zu vergleichen ist.

Zwar war bekannt, daß Nylov Bukharin bei seiner Opposition gegen das harte Vorgehen Stalins gegen die Groß-



Roman von Erich Ebeslein

64. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Dann seien Sie doch großmütig, Frau Sephine, und sagen Sie Otto gar nichts von Schwerters Diebstahl! Reden Sie im Sinne der Verjährung! Bedenken Sie, wieviel schöner und edler es ist, zwei Menschen zu vereinen, anstatt sie zu trennen! Bedenken Sie auch, wieviel peinliches Aufsehen dann für beide Teile vermieden wird — noch weiß niemand um Renates Keise. Ich habe all meinen Bekannten gesagt, sie habe nur bei der Ueberführung geholfen, ich dabei erkrankt und siege seitdem bei mir in Cabinnenheim zu Bett. Erst durch einen Scheidungsprozeß würde also der Skandal in die Öffentlichkeit kommen. Und Renate bereit ja so heiß — sie liebt Otto immer noch — nein, sie liebt ihn eigentlich erst jetzt wirklich und wahrhaftig!“

Die Stadträtin spricht in dem demütigsten, flehendsten Ton, der ihr zu Gebote steht. Westliche Angst flackert in ihrem Blick. Sie hätte sie von sich selbst gesagt, derart gedemütigt zu werden.

Frau Sephine sieht und fühlt das mit einer gewissen Genugtuung, hält es aber für zweckmäßig, sie noch eine Weile „jappeln“ zu lassen. Darum läßt sie sich und ungläubig: „Manches von dem, was Sie da sagen, mag ja wahr sein. Trotzdem kann ich es vor meinem Gewissen nicht verantworten, Otto zur Auslieferung zuzureden. Denn ich bin überzeugt, daß bei Renate Keise und gute Vorläufe nicht lange anhalten würden.“

„Doch! Ich verbürge mich dafür! Und Sie würden mir glauben, wenn Sie Renate jetzt sehen könnten! Sie ist ganz verändert in ihrem Wesen, so behaglich, so weid, ich glaube wirklich, diese Sache hat sie innerlich erst zur Keise gebracht!“

Frau Sephine schweigt und blickt scheinbar ungerührt vor sich hin. Da erstreckt die Stadträtin ihre Hand und

stommet beherrschend: „Seien Sie doch nicht so unerbittlich — Es ist doch ein gutes Werk — Renate und ich werden es Ihnen bis an unser Lebensende danken, wenn Sie Ihre Macht über Otto zugunsten meiner Tochter geltend machen wollten! Ich weiß zwar, daß Ihnen an meinem Dank nichts gelegen ist.“

„Im Gegenteil, es wäre mir sehr viel daran gelegen“, unterbricht sie nun Frau Sephine, zum erstenmal aus ihrer Zurückhaltung herausgehend, „vorausgesetzt, daß dieser Dank nicht nur in Worten bestünde, sondern bereit wäre, sich in Taten zu äußern!“

„Mit tausend Freuden! Worin kann ich Ihnen dienen?“

„Ich weiß wirklich nicht, ob ich Ihnen zuzunehmen darf, das Opfer zu bringen, das ich von Ihnen erbitten will — Sie dürfen es ruhig für das Glück meiner Tochter stift mit dem Opfer zu schmei!“ ruft die Stadträtin etwas theatralisch.

„Nun denn, tauschen wir ein Ja für das andere! Sie wollen zwei Menschen zusammenbringen, und ich will das Gleiche. Geben Sie mir für das Glück Ihrer Tochter — das Glück Ihres Sohnes!“

„Ich verleihe Sie nicht!“

„Denn wir sind Deutsch-ger sein, Fred steht, wie Sie wissen, Gloria Kaufmann, und ich habe mich nicht nur überzeugt, daß es sich dabei um eine wahre, tiefste Liebe handelt, sondern auch, daß dieses Mädchen Freds Liebe in jeder Beziehung würdig ist. Darum habe ich mich zur Behüterin dieser Liebe gemacht. Nun wird Fred Gloria unter allen Umständen, das heißt mit oder ohne Ihre Einwilligung, heiraten. Aber es wird sich in der Interesse vor der Welt entziehen, wenn Sie Ihre Einwilligung vorher geben und das dadurch bekunden, daß Sie aus freien Stücken Ihre zukünftige Schwiegertochter aufsuchen und ihr es selbst jagt.“

Die Stadträtin ist sprachlos. Jörnige Empörung flackert in ihrem Blick. Am liebsten hätte sie dieser falschen Schlinge, die hinter ihrem Rücken eine so tödliche Schlinge vorbereitet, unumwunden ihre Meinung gesagt. Aber sie denkt an Renate, an die Beilichtheiten eines Scheidungs-

prozesses mit seinen fatalen Folgen, und — daß diese Frau es hindern konnte, wenn sie wollte —

So sammelt sie endlich nur flüchtig: „Sie wissen nicht, was Sie verlangen.“

„Indes unterbricht sie die Oberbaurätin sofort in ihrem hochmütigen Ton: „D bitte, ich verlange gar nichts! Ich antwortete nur auf Ihre eigenen Worte mit einem Kompromißvorschlag! Sie sind vollkommen frei, zu tun, was Ihnen beliebt.“

„Und — wenn ich ablehne?“

Frau Sephine zuckt die Achseln. „Dann lassen wir eben den Dingen ihren Lauf!“ antwortet sie diplomatisch.

Die Stadträtin verfällt in Nachdenken. Ein heftiger Kampf tobt jetzt in ihren Augen. Nach einer Weile sagt sie zögernd: „Angenommen, ich entschließe mich zu diesem peinlichen, gegen meine Ueberzeugung gehenden Schritt — wer garantiert mir, daß dann Renate wieder in das Haus ihres Gatten zurückkehren kann?“

„Ja! In dem Tage, da Sie mir mitteilen, daß Sie Gloria in die Arme ichringen, werde ich Ihnen die Einwilligung meines Sohnes bringen und Renate selbst zu uns zurückholen!“

Übermals eine Pause des Schweigens. Endlich erhebt sich die Stadträtin mit einem schweren Seufzer. „Ja — werde es tun. Wollen Sie mir nur noch sagen, wo ich die — das Mädchen finde?“

Auch Frau Sephine hat sich erhoben. Stolz, Triumph, Genugtuung und ein fröhlichen Besohlet glitzern in ihren immer noch schönen Augen. (Schluß folgt.)

Sinnpruch.

Befenne dich mutig zu dir selbst, das steht dir besser als Tadeln und Zwingen. Sein Grund verlangt kein Mensch von dir, daß du tollst über dich selber bringen.

waren Grundtendenzdienste leistete, trotzdem war es auf der vorigen Tagung der Kommunistischen Partei zu keiner Waffengebung gekommen. Jetzt ist es auf der Sitzung des Zentralkomitees der Partei zu erörterten Auseinandersetzungen zwischen Bukharin, Kowin und Tomski, dem früheren Leiter der kommunistischen Gewerkschaften einerseits und Stalin und Njburg andererseits gekommen. Wie gewöhnlich schwankten einige Oppositionelle, als sie Stalins Unerbittlichkeit erkannten, schließlich wieder zu ihm ab und verlegten ihre bisherigen Ansichten, um nicht gleichfalls den Konflikt mit Stalin zu vermeiden. Nach lebhaftem Debattieren kam es schließlich zum Beschluß Bukharins aus dem Volk-Büro und einem Verweis an Kowin und Tomski.

Eine derartige Bekämpfung des höchsten Beamten des Staates durch die Partei beschäufet wieder einmal die Tatsache, daß die eigentliche Macht nicht bei der Regierung liegt, sondern bei der Partei.

Die Beamten, auch die höchsten, sind nichts anderes als die willenlosen Werkzeuge in der Hand der Parteileitung, die nach Belieben jeden Staatsbeamten entlassen oder sonstwie bestrafen kann. Staatspräsident Kalinin, der als Bauer stets Sympathie für die rechte Opposition zeigte, soll nach Stalins heftigen Eingreifen schließlich alle Beziehungen zur rechten Opposition abgebrochen haben, um nicht in den Sturz seiner früheren Freunde verwickelt zu werden.

Von den alten Mitarbeiterinnen Lenins ist jetzt niemand mehr im Volk-Büro geblieben. Dafür hat sich Stalin mit seinen Anhängern umgeben, die einer jüngeren Generation von Bolschewisten angehören. Lenins Mitarbeiter sind gestorben oder müssen das harte Brot der Verbannung oder der Anagnade essen.

Ein Monat internationaler Konferenzen.

Die Januartagung des Völkerbundesrates.

Der Monat Januar ist mit diplomatischen Konferenzen überaus stark belastet, da ja auch die zweite Haager Konferenz aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr in diesem Jahre zusammentreten wird. Neben der auf den 21. Jan. anberaumten Flottenkonferenz steht im Januar noch die Ratstagung des Völkerbundes bevor.

Der italienische Außenminister Grandi hat sich nun an das Generalsekretariat des Völkerbundes mit dem Ersuchen gewandt, im Hinblick auf die fünfjährigste Konferenz den Termin der Ratstagung vorzuerlegen. Da Grandi zum ersten Male als Vertreter seines Landes an einer Ratstagung teilnehmen wird, ist sein Wunsch verständlich, so große praktische Schwierigkeiten die Vertagung machen würde. Man könnte einwenden, daß es zweifellos einfacher wäre, die Londoner Flottenbesprechungen zu versetzen, da an ihnen nur wenige Mächte beteiligt sind.

Auch für Deutschland ist die Januartagung des Völkerbundesrats deshalb von Wichtigkeit, weil der neue Weisheitsaußenminister zum ersten Male an Stelle Dr. Stresemanns im Völkerbundesrat erscheinen und mit den Außenministern der übrigen dem Rate angehörenden Staaten Fühlung nehmen wird. Man erinnert sich, daß Dr. Stresemann gemeinsam mit Chamberlain leinertz die Herstellung der Zahl der Ratstagungen mit dem Hinweis begründet hat, daß an dieser verminderten Zahl von Sitzungen dann auch alle Außenminister regelmäßig teilnehmen könnten.

Bruch der lettischen Regierungskoalition.

Ausscheiden der Deutschen.

20. Riga, 23. November.

Im lettischen Parlament wurde in der zweiten Sitzung der gegen die früheren Mitglieder der baltischen Landesversammlung gerichtete Gesetzentwurf mit 50 gegen 42 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Damit ist ein gegen das gesamte Deutschum Lettlands gerichteter Beschluß gefaßt worden. Da die dritte Sitzung kaum ein anderes Ergebnis haben wird, dürfte die Deutsche Fraktion aus der Regierungskoalition ausscheiden.

Die früheren Mitglieder der baltischen Landesversammlung haben bisher laut Gesetz ein Anrecht auf ein Stück Land, weil sie zusammen mit den lettischen Truppen Lettland vor den Bolschewisten gerettet hatten. Jetzt ist auf Initiative der lettischen Sozialdemokraten ein Gesetz im Parlament angenommen, das den Deutschen dieses Anrecht nimmt. Mit dem Ausscheiden der Deutschen aus der bürgerlichen Koalition dürfte das jetzige Kabinett seine Mehrheit hinter sich haben.

Neue Quelle der Ruhestörungen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Warschau.

Warschau, 23. November.

Das unruhige Warschau hat eine neue Quelle der Ruhestörungen und Straßenunruhen: nationalfeindliche Studenten hatten es für jetztgemäß, Straßendemonstrationen gegen die deutsch-polnischen Abmachungen zu veranstalten, die auch vor dem Gebäude der deutschen Gesandtschaft zu unheilsamen Szenen geführt haben. Das bemerkenswerte an diesen Demonstrationen ist aber, daß sie sich keineswegs darauf beschränken, die Deutschfeindlichkeit ihrer Urheber kundzutun, sondern daß sie sich im gleichen Atem auch gegen die polnische Regierung wenden, der vorgeworfen wird, daß sie in den Abmachungen mit Deutschland die polnischen Interessen nicht genügend gewahrt habe.

Die Regierung wird als Vaterlandsverräther beschimpft, und der Ministerpräsident Swiatkoff, der in einer politischen Versammlung sprach, ist von den Demonstranten besonders attackiert und beschimpft worden, so daß die Polizei eingegriffen und die Studenten auseinanderreiben mußte. Es hat dabei auch Verwundete gegeben. Da gleichzeitig die kommunistische Jugend Warschaws Straßenunruhen veranstaltete und mit der Polizei dabei in blutigen Konflikte kam, so ist dafür gefordert, daß die polnische Hauptstadt in Bewegung bleibt, nicht nur infolge der großen politischen Spannungen zwischen Regierung und Parlament, die in der Agitation der Parteien die entscheidende Rolle spielen, sondern auch durch die zweite Hälfte des Jahres, die aber doch in dieser trübsten Situation nicht ohne Bedeutung sind.

* Die Ziehungsliste der Volkswohl-Lotterie liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsicht aus.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 25. November 1929

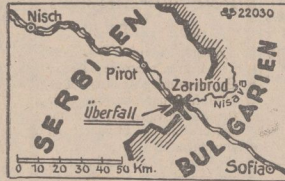
* Herrliches Spätherbstwetter war uns gestern zum Totensonntag beschiden, und so konnte es gar nicht ausbleiben, daß gestern fast jede Remberger Familie die Schritte zum Friedhof lenkte, um einen kurzen Augenblick im Gedankten bei denen zu sein, die jetzt von ihrer Pilgerfahrt dort oben den ewigen Schlaf halten. Mit viel Liebe waren die Gräber von den Angehörigen geschmückt und zeugten davon, daß die Toten noch nicht vergessen sind. Auch am Gottesdienste am Vormittag nahmen viele Glieder der Kirchengemeinde teil, um in dem Worte Gottes Trost und Erbauung zu finden.

* Der neue Provinziallandtag. Das Ergebnis der Wahlen zum Provinziallandtag wird gekennzeichnet durch die unzähligen Splitterparteien, die das gesamte Ergebnis, namentlich für die Bürgerlichen in überaus ungünstiger Weise beeinflussen haben. Rund 81000 Stimmen sind verloren gegangen, so daß das Bürgertum 6 Sitze weniger erhalten wird als es hätte haben können, wenn nicht diese Listen aufgemacht worden wären, von denen der gewöhnliche Sterbliche nicht weiß, was ihre Vertreter wollen, wer sie überhaupt sind. Eine solche Zerplitterung grenzt in der Tat — man sagt nachdrücklich nicht zuviel — an Selbstmord des Bürgerturns. Wer nach diesem Vände sprechenden Ergebnis noch immer nicht begriffen hat, daß seine Stimme nur einer großen Partei, nicht aber einer kleinen Eigenbrötlei gehören muß, wenn sie überhaupt eine praktische Auswirkung haben soll, dem ist nicht mehr zu helfen. Der soll sich aber auch nicht erheben, wenn ihm im neuen Parlament nicht alles nach Wunsch geht; wenn die bürgerlichen Vertreter nicht das durchsetzen können, was sie durchsetzen wollen — neben denen die überhaupt nicht zur Wahl gingen, sind die, die Splitterparteien wählen, die einzig Schuldigen.



Zum Bombenanschlag auf den Orient-Express.

Der Orient-Expresszug Paris-Konstantinopel ist zwischen den Stationen Dragoman und Jaribrod auf jugoslawischem Gebiet von einer berüchtigten Räuberbande angehalten und überfallen worden.



Zum Überfall auf den Orient-Express

Esp. Eine Baracke als Kirche. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart sind häufig der Grund dafür, daß neue entstehende Industriegemeinden nicht sofort eine monumentale Kirche bauen können. Man ist deshalb gezwungen, Notbauten auszuführen, die zunächst einmal für Gottesdienste zweckmäßig benutzt und später durch dauerhafte Kirchenbauten ersetzt werden. So geschah es z. B. vor kurzem in Niederösterreich Kohlenzeiler, wo die Grube Cruta mit einer Barackenkirche versehen ist. Man macht die Erfahrung, daß auch in solchen Kirchen größter Ehrlichkeit würdige Gottesdienste abgehalten werden können. Es kommt eben nicht nur auf äußere Schönheit an, sondern vor allem auf den Geist, der in kirchlichen Räumen lebt.

Esp. Die Weihnachtsbäume kommen. Aus den deutschen Waldgebieten wird berichtet, daß die ersten Aufkäufer von Weihnachtsbäumen bereits eingetroffen sind, um ihren Bedarf für die nächsten Wochen einzudecken. Vermutlich es dann nicht mehr lange dauern, bis in Stadt und Land die vertrauten grünen Tannen ihren Einzug halten. Wenn erst Totenkopf vorüber ist, füllen sich die Märkte und Plätze mit kleinen und großen Bäumen, bis sie allmählich wieder leerer werden und jedes Haus und jede Familie ihren eigenen Baum bekommt. Weihnachten ist nicht mehr fern. Die Weihnachtsbäume, die jetzt kommen, sind ein erster Gruß des Festes.

Esp. Schützt unsere Schulen! Der evangelische Elternbund für die Prov. Sachsen schreibt uns: „Zu welchen Folgerungen das Eintreten für die weltliche Schule bereits geführt hat, geht aus folgendem Beispiel hervor: In dem Lehrzimmer der 21. Volksschule in Spandau, einer weltlichen Sammelschule, ist ein Spruch aufgehängt, der so lautet: „Je frommer ein Mensch ist, desto mehr glaubt er; je mehr er glaubt, desto weniger weiß er; je weniger er weiß, desto dünmer ist er; je dünmer er ist, desto leichter wird er regiert.“ Sprüche dieser Art sind bezeichnend für den Geist, der in den Sammelschulen herrscht. Tatsächlich begünstigt man sich ja bekanntlich in den weltlichen Schulen nicht damit, den Religionsunterricht aus der Schule zu

lassen, sondern man geht darüber hinaus und legt den bestehenden evangelischen Schulen offenen Kampf an. Die evangelische Elternschaft wird diesen Kampf nicht mit den Mitteln der weltlichen Schulhänger erwidern, sie wird aber dafür sorgen, daß alle Kreise, die an wahrhaft sittlich-religiöser Erziehung ihrer Kinder interessiert sind, über das Wesen weltlicher Erziehungsmethoden unterrichtet werden. Sie wird sich schützend vor ihre Schulen stellen.“

Tornau. (Die Ruh vor dem Postauto.) Eine gefährliche Situation ergab sich, als eine Kuh, die bei dem Nahen des Dübener Postautos über den Zaun des der Witwe Herbst gehörigen Grundstücks geprügelt war, direkt in das Auto lief. Durch die Geistesgegenwart des Führers, der den Wagen in einem Bogen um das Tier lenkte, wurde ein Ueberfahren der Kuh verhindert.

Wittenberg. 600 Mark Belohnung sind nunmehr von der hiesigen Polizeiverwaltung demjenigen zugesichert worden, der den oder die Täter in der Stahlfabrik Wardschke namhaft macht oder zurechenbare Angaben mittelst, welche zur Ermittlung führen können. Im übrigen ist über irgendwem bemerkenswerten nicht zu berichten.

Esser, 23. Nov. Heute morgen um 8 Uhr geriet der bei den Osterregulierungsarbeiten beschäftigte Waggonführer Paul Jünzel aus Kleinmittenberg mit dem rechten Fuß in eine Kuppelung des Wagners, wodurch ihm der Fuß an dem Gelenk gerissen wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte ihn das Wittenberger Sanitätsauto ins Paul-Gerhardt-Stift.

Essen. Ein Familiendrama, das sich in der Nacht zum Mittwoch ereignet hat, wurde heute entsetzt. In seiner Wohnung in der Albrechtstraße hat sich der 33jährige Chemiker Dr. Siedel, der bei der 3. Farbendruckerei in Wölfen angeestellt war, wahrscheinlich mit Pantalan vergiftet, nachdem er zuvor seine 30 Jahre alte Frau und sein zweijähriges Töchterchen vergiftet hatte. Von den übrigen Familienmitgliedern war die Familie Siedel bisher nicht vermisst worden. Erst der Mörder, der seit Mittwoch den gewohnheitsmäßig vor die Wohnungstür gestellten Wildschuß nicht vorfinden, wurde schließlich Verbleben festgestellt, so daß sie heute früh die Nachbarschaft alarmierte. Daraufhin wurde die Wohnung polizeilich geöffnet. Die Gründe zu der Tat sind unbekannt, da keinerlei schriftliche Aufzeichnungen der Verstorbenen vorhanden sind. Siedel lebte in gesicherten Verhältnissen und führte ein glückliches Familienleben, er soll allerdings zu Schmerzern veranlagt gewesen sein.

Leipzig. Der Nord an Wädig. Trotz aller Nachforschungen ist es bisher noch nicht gelungen, den Mörder des Kraftwagenführers Wädig ausfindig zu machen. Die bisher als verdächtig Verhafteten mußten ausnahmslos wieder entlassen werden, da sie sämtlich ein einwandfreies Alibi nachweisen konnten. Wie jetzt das Kriminalamt mitteilt, ist in der Nacht zum 15. November, also in der Wädignacht, ein Unbekannter vom Leipziger Hauptbahnhof aus in einer Kraftfahrmaschine nach Krautzheim gefahren. Gegen 3 Uhr morgens erschien der Unbekannte an einer Bahnwärterhütte und stolperte dort über einen Signaldraht. Auf Befragen durch den Bahnwärter erklärte er: „Wo bin ich eigentlich? Ich will nach Hartmannsdorf.“ So bin mit einem Auto gefahren. Der Kraftwagenführer hat mich festgehalten und mich geschlagen.“ Der Unbekannte, der auf je eigenartige Weise mitten in der Nacht auf dem Bahngelände herumfiel, soll etwa 40 Jahre alt sein und grauen Mantel und Filzhut getragen haben. Der Kraftwagenführer, der den Mann am Bahnhof in Krautzheim ablegte, wird jetzt von der Kriminalpolizei gefaßt, ebenso ein Motorradfahrer, der, wie Zeugen angeben, kurz vor der Entdeckung der Leiche auf seinem Kraftwagen in langsame Fahrt an der auf dem Schöner Weg stehenden Kraftfahrmaschine links vorüberfuhr.

Widerrufen. Wo zu Abwässer q u sind. Der Torbrand auf dem sogenannten Seegeänd, der schon seit den Sommermonaten anfällt, soll gelöscht werden. Der Magistrat beabsichtigt, das Feuer durch Zuleitung von Abwässern aus der Jüterbogstraße zu erlösen. Es soll das zunächst mit einem einfachen Verbindungsgraben verknüpft werden. Die Kosten des Verfahrens veranschlagt man vorläufig auf 500 Mark.

Proje. Zerwürfs Steintilgenrab. Im Arnefeld gegenüber Bahnhof Proje, welches im nächsten Jahre im Auftrage der Anhaltischen Regierung durch Nachgrabungen wissenschaftlich erschlossen werden soll, wurde beim Anlegen einer Miete ein Steintilgenrab bloßgelegt. Die Miete, die Gelände seit einigen Jahren als Schuttbereich erklärt worden ist, wurde das Grab von Unbekanntem geöffnet und die Schuttplatten zerstört, wobei auch die eingebaute Urne vollständig in Trümmer gegangen ist.

Queblinburg. Nachdem erentlassen war... Einem Tischlergehilfen war bekannt, daß sein Arbeitgeber für eine sogenannte Harmonischliebetier ein Patent besaß. Er hatte, nachdem er entlassen worden war, nach diesem Patent mehrere Schließzylinder angefertigt und zum Bau der Türen auch Einzelteile verwendet, die sich sehr weicher zur Inbetriebung dieser Türkonstruktionen hatte anfertigen lassen, und die der Geselle entwendet hatte. Das Gericht ist ihm des Diebstahls für überführt an. Trotzdem kam er mit einer verhältnismäßig geringen Geldstrafe davon. Bessere Diebstähle konnte man ihm trotz gewisser Verdachtsmomente nicht nachweisen.

Gatow. Des November beherrscht — Erdbeeren. Auf einigen geschützten Beeten in unseren Gärten haben einzelne Erdbeerpflanzen zum zweiten Male Knospen und Blüten getrieben und jetzt sogar noch reife Früchte entwickelt. Es ist das eine Folge des sonnig-warmen Herbstwetters, durch dessen Einwirkung in unseren Laub- und Nadelmännchen jetzt noch Blüte, besonders Steinsäge aus Grünlinge, gewachsen sind. Man bietet sie mit 60 bis 70 Pfennig das Pfund an.

Luebnitzburg. 25000 Mark für das Talipernnamt. Um preislichen Haushaltesplan für 1930 sind dem Talipernnamt in Queblinburg zur Deckung der Kosten für die Vorarbeiten zum Bau der Ditharzialipern 25000 Mark bereitgestellt worden.

Fenig. Mächtiges Schadenfeuer. Zur Nachtzeit brannte ein Schuppen des Gollwirts Emil Fritzsche vollständig nieder. In dem Schuppen, der auch als Futterschuppen verwendet wurde, bestanden sich mehrere Perklenantons und Motorradräder, die einem hiesigen Fahrradhandwerker gehörten, darunter ein fast neuer Wagen. Alle Fahrzeuge sind verbrannt. Es waren nicht verfehlt. Die in dem Schuppen untergebrachten landwirtschaftlichen Geräte, die gleichfalls verbrannt sind, waren verfehlt.

Vorbereitungen für den Weltraumflug.

Vollkommen explosionsfähiger Treibstoff.

Berlin, 25. November.

In etwa acht bis zehn Tagen werden in Fortst. an der Ofise die ersten Versuche für den Abflug der Fernraete von Professor Oberth vorgenommen. Der Bevollmächtigte des Professors Oberth befindet sich augenblicklich an Ort und Stelle, um die Vorbereitungen zu treffen. Die Konstruktionsarbeiten für die große Rakete werden Ende der laufenden Woche unter Leitung des Diplomingenieurs Nebel beendet sein. Ebenso die in Neubabelsberg und in der Umgebung von Berlin vorgenommenen Verbrennungs- und Kräftigkeitsversuche.

Der Raketenabflug steht somit für die allernächste Zeit bevor. Die vielfachen Vorversuche haben zu einer anfangs nicht erwarteten Vervollkommenheit für die Zusammenfügung der Treibstoffkammer geführt. Sie gilt heute als vollkommen explosionsfähig. Trotzdem muß die Anzahl der zugelassenen Zulieferer nach wie vor auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

Wie von unternichteter Seite hervorgehoben wird, lassen die Fortschritte und Neuerungen, die während der Konstruktionsversuche und Vorarbeiten gemacht wurden, es als möglich erscheinen, daß ein Vorkatzenabflug schon in wenigen Monaten in Aussicht genommen werden kann. Der Ort des Raketenabfluges ist nach wie vor unbestimmt, da außer Fortst. das günstigere Gelände Bad Leba bei Stolp in Frage kommt.

Ist Stelzer der Mörder?

Mehrere Zeugen erklären mit Bestimmtheit: nein!
— Düsseldorf, 24. November.

In Verfolg der Festnahme des Waldemar Stelzer wurden die Nachforschungen durch die Kriminalpolizei in Mettmann eifrig fortgesetzt. Um wichtigen Tatsachen ergibt sich, daß die Hornbrille, die bei der Hausung nicht gefunden werden konnte, entbeht ist. Der für die Düsseldorf-Morde in Frage kommende Mann soll bekanntlich eine Hornbrille getragen haben. Weiter ist festgestellt, daß Stelzer bei den Ausgrabungen in Papendell anwesend gewesen ist. Es ist des weiteren durch eine Reihe von Zeugen festgestellt, daß Stelzer erzählt hat, häufig in Frauenkleidern nach Düsseldorf gefahren zu sein.

Von der Pressestelle der Düsseldorf-Kriminalpolizei wird zu dieser Angelegenheit nachstehender Bericht herausgegeben: Stelzer ist eingehend vernommen worden. Bisher sind keinerlei Tatsachen festgestellt, die darauf schließen lassen, daß er als derjenige, der die Morde oder die Überfälle begangen hat, in Frage kommt. Er ist einer ganzen Reihe von Zeugen, die vorher beauftragten, den gesuchten Verbrecher bei der Gegenüberstellung bestimmt wiederzuerkennen, gegenübergestellt worden.

Keiner dieser Zeugen erkennt ihn als den gesuchten Verbrecher wieder. Mehrere Zeugen erklären sogar mit Bestimmtheit, daß Stelzer nicht der Täter sei. Auch aus der

Schriftvergleich haben sich Anhaltspunkte für seine Täterschaft nicht ergeben. Seine Vernehmung wird fortgesetzt.

Inselondere wird seine Glaubwürdigkeit durch genaue Nachprüfung seiner Angaben noch festgestellt. Stelzer hat sich besonders dadurch verdächtig gemacht, daß er, offenbar bestimmt, durch überkommene religiöse Ideen, nach öffentlicher Bestimmung in keiner Person (wohl einen Mann als auch eine Frau) verlorst ist. Dieser Gebante trug dazu bei, daß er in den Sommermonaten beim Baden auf den Rheinwiesen gelegentlich durch seine Beflebung den Eindruck zu erwecken suchte, als sei er eine Frau.

Auch der Mörder der Fehle-Kinder?

— Breslau, 25. November.

Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei richtet sich nunmehr gegen den in Mettmann bei Düsseldorf festgenommenen Stelzer auch der dringende Verdacht, der Mörder der Fehle-Kinder im Juli 1926 in Breslau gewesen zu sein.

Stelzer war zu dieser Zeit in der Kreuzbürger Straße in Breslau wohnhaft. Bis 1927 wohnte er an verschiedenen Orten Schlesiens, zuletzt aber in Breslau. Wiederholt land Stelzer in der Krafschiner Hellankast für Schwachsinntige Aufnahme, wurde aber immer wieder entlassen. Er beschäftigte sich als Diensthelfer, Gärtnerlehrling, Wirtschaftsele und Arbeiter. Auch besuchte er einmal eine Dienerschaftskule. Das letzte Mal war Stelzer 1917 in der Krafschiner Hellankast. Während des Krieges war er freiwilliger Militärkranfentensleger. Die Handschriftenprüfung in Düsseldorf ist noch nicht beendet.

Kraftwagenunglück im Rheinland.

Köln, 23. November. Ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich zwischen Zondori und Suir. Eine Jagdgesellschaft aus der Kölner Gegend fuhr mit 5 Kraftwagen in Richtung Weim. In einer Kur geriet ein Wagen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß der Wagen vollständig zertümmert und einer der Insassen, ein Oberförster von Schloß Homburg bei Summersbach, sofort getötet wurde. Zwei weitere Insassen des Wagens, Bürgermeister Kaufmann aus Viehl und ein Stadtverordneter aus Köln, erlitten schwere Verletzungen. Ein vierter, ein Oberarzt aus Köln, kam mit leichteren Verletzungen davon.

Aus Nah und Fern.

Saarebrücken. Empfindlicher Feuerschaden. In Wöllfingen entstand im Lager der Firma Knoblauch ein Feuerhaden, der sämtliche Lagerbehälter mit allem Inventar und teilweise wertvollen Lagerbeständen vernichtete. Nur durch das energische Eingreifen der Feuerwehr wurde ein Uebergreifen des Feuers auf in der Nähe lagernde Kohlenbestände und einen benachbarten Autoschuppen verhindert. Trotzdem beläuft sich der Schaden auf mehrere hunderttausend Franken, für den die Versicherung nur teilweise aufkommt. Als Ursache des Brandunglücks wird Kurzschluß angenommen.

Wer wird Nachfolger von Böh?

Nach einem Bericht aus Altona-Blanteneje wird in den „Norddeutschen Nachrichten“ die Frage erörtert, wer den Nachfolger des Berliner Oberbürgermeisters Böh werden soll. Aus Kreisen der sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten habe der Stadtrat Reuter Ansprüche auf den Oberbürgermeisterposten angemeldet. Die Sozialdemokratie solle jedoch auf Reuter dahin eingewirkt haben, diesmal zurückzutreten zugunsten des sozialdemokratischen Altonaer Oberbürgermeisters Brauer, von dem behauptet werde, daß er ganz das Format für die kommunalpolitische Führung der Reichshauptstadt habe. „Wie wir dazu erzählern“, so schreibt das Blatt weiter, „muß die Kandidatur Brauers erstlich in Betracht gezogen werden, zumal auch vom preussischen Staatsministerium, man spricht vom Ministerpräsidenten Dr. Braun persönlich, darauf hingearbeitet wird, daß Altonaer Stadtoberhaupt für einen größeren Wirkungsbereich zu gewinnen.“

Weihnachtsbütte

für die 800 Pflinglinge der Pfeiferischen Anstalten in Magdeburg-Gracau.

Das Fest der Freude lehret zu uns wieder, Das alle Herzen gewerblich macht, Und rings erklingen frohe Weihnachtslieder Zum Lob und Preis der stillen heiligen Nacht.

Da wagen wir aufs Neue eine Bütte Für unsre große, arme Pflinglingsdar, Nebr froh und gern die alte Weihnachtsbütte, Und bringt für sie uns Liebesgaben dar.

Wir danken dafür euch so herzlich gern, Was ihr in altgenoffener Liebe tut, Und Gottes wunderbare Christknechte Verfünden euch der Dummelsgabe Gut.

Freundliche Liebesgaben in bar oder auf Postfichkonto der Pfeiferischen Anstalten (Magdeburg 1409) einbringen, Gegenstände und Lebensmittel an das Büro senden.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landesstraße Dienstag abends 8 Uhr im Bürgeraal Bibelftunde

Rediger Westermann-Wittenberg.

Dierzu wird herzlich eingeladen

Unserer heutigen Nummer haben wir einen Prospekt der bekannten Buch- und Zeitschriftenhandlung Ernst Runge, Dresden-Radebeul, Caroloftraße 2-4 betreffend die illustrierte Zeitschrift „Das kleine Familienblatt“ beigelegt. Diese beliebte Familienzeitschrift erscheint bereits im 11. Jahrgang und bringt neben Romanen der bekanntesten Schriftsteller, hauswirtschaftliche und gesuntheitliche Blaudeuren, Rätsel, Anekdoten usw. Trotz des reichen, anerkannt guten Inhaltes kostet ein Heft nur 20 Pf. Die Bestellung eines Jahresabonnements kann bestens empfohlen werden.

Weihnachtsbaum-Verkauf
Donnerstag, den 5. Dezember cr., 10 Uhr sollen am Forsthaus Thielenhäide ca. 3-4000 Stk. Weihnachtsbäume öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.
Schöna, den 22. November 1929

Die Forstverwaltung
G. Pohlenz

Einen größeren Posten gute Fichten (Tannen) - Stangen
I-IV Kl. (für Bau- und landwirtschaftliche Zwecke) und Stangenhaufen
(besonders zum Zaunbau geeignet) gibt in gemäßigten Mengen — solange Vorrat — ab
von Bodenhausische Forstverwaltung, Schöna
Nähere Auskunft durch Herrn Förster Kaps, Forsthaus Thielenhäide bei Schöna

Dienstag früh eintreffend
frisch. Schellfisch
und
Grüne Heringe
P. Mierschke, Burgstraße
Steinmetz-Brot
verkauft K. Preußer, Rotta
Rhaki-Campbell
7 Enten, 2 Grel und
4 Hühner, 1 Hahn (Mulle Henr)
ein junger echter
Forsterrier Rd.
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Junges, frisches
Rindfleisch
frische Fleck und Leber
empfiehlt
Louis Richter
Ein Würf

stramme Ferbel
hebt zum Verkauf
Wittenberger Neumarkt 15c
Sämtliche
Schlaglegewürze
empfiehlt billigst
J. G. Glaubig

Ein Bäckerlehrling
für sofort oder später nach Wittenberg gesucht.
Zu erfragen bei Rob. Luz, Kemberg

Stellen-Anzeigen
für den
Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spelungszulag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, aber ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Zuleitungswirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengründen. • Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Bergamentpapier
empfiehlt
Richard Arnold

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgame
Anfertigung künstlicher Zähne in Kaufschd. Gold u. unechten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Frauenchor Kemberg
Sonntag, den 30. November, abends 8 Uhr
veranstalten wir im **Blauen Heft** eine
Adventsfeier
Aufgeführt werden: **Athenbrödel**, ein Märchenchen, Dichtung von Adolf Volk, Musik von M. Georg Winter und **Stille Nacht, heilige Nacht**, ein Spiel von der Entstehung des Weihnachtsliedes. Dichtung und Musik von Franziskus Nagler
Wir laden zu recht zahlreichem Besuche herzlich ein.
Eintrittspreis: 75 Pf. Vorverkauf bei Thomas, Möblich und Arnold

Bürger-Berein
Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr bei Em. Jerner
Bersammlung
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Vorstand
Baterländischer Frauenverein
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr bei Jerner
Bersammlung
mit Verlosung
Pächchen mitbringend.
Frau Archidiatonus Schulze

Café Irmer
Donnerstag, d. 28. Nov. abds.
Gemütliches Beisammensein
für Jung und Alt
Musikalische Unterhaltung
Es ladet freundlichst ein
E. Jerner

Deutsche Fürsorge für Auswanderer
Garantiert Ziehung am 6., 7. u. 9. Dezember
21613 Gewinne im Gesamtbetrage von M. 50000.—
Lospreis nur 1,— M.
Jedes 10. Los (aufende Nummer) gewinnt garantiert Ein Los 3mal gewinnen
Lose sind zu haben bei
Richard Arnold, Leipziger Straße

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagabblatt“ und „Mittwochliche Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich gleichbedeutender oder durch Fernposten aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10 — M., das Ausland, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 140

Dienstag, den 26. November 1929

31. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Der sechste französische Ministerpräsident Clemenceau, der „Tiger“, der uns die größten Leiden und Entbehrungen infolge seines unerschütterlichen Willens im Weltkrieg gebracht hat, liegt im Sterben.
* Im Stalin ist es nun den früheren Mitarbeitern Lenin recht einjam geworden, er hat sie alle in die Verbannung geschickt.
* Der Monat Januar wird viele internationale Tagungen bringen, unter ihnen die zweite Hunger Konferenz, Energiehandlungen, Weltentwertung und Arbeiterkongress.
* Es sind wieder Zweifel entstanden, ob Stesler der Döbberdorfer Massenmörder ist, da die Zeugen ihn nicht erkennen wollen.

man steht und was man hört, ist für die Freunde einer großzügigen Handelsvertragspolitik nicht leicht verständlich. Das Liquidationsabkommen ist für einen Staat, dessen Verfallung den Schutz des Privateigentums gewährleistet, schwer zu ertragen. Als Vorstufe zu einem Handelsabkommen betrachtet, wird die Beurteilung dieses Liquidationsabkommens für die Freunde der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit keineswegs erträglich. Denn wer auch immer Handelsverträge und Aufbau der Zolltarife will, wird doch auch, daß das geschieht gemacht wird und den Glauben an die Überlegenheit der Handelsfreiheit und ihren Nutzen für alle Kreise nicht erschüttert. Nun werden aber auch schon in der Presse Klänge ertört, die von vornherein mit dem Hinweis verteidigt werden müssen, daß ideologisch-dogmatische Bindungen angefaßt der Notwendigkeit einer allein nach Zweckmäßigkeitsgründen orientierten Wirtschaftspolitik in einem so verarmten Lande wie Deutschland unmöglich seien. Als ob der Kampf für die freie Wirtschaft gegen die staatliche Reglementierung eine Ideologie wäre und nicht viel mehr das Ergebnis schlechter und manchmal auch peinigender Erfahrungen! Es scheint, daß wir in eine Periode der politischen Handelspolitik hineintreten, die unter dem Motto steht: Wir wollen tun, als ob wir Freunde wären und ganz intime noch dazu. Und es scheint fast, als ob die Freunde des Freihandels jetzt ihrerseits die Aufgabe hätten, darauf hinzuwirken, daß eine gewisse Distanz zwischen den Völkern durch die Vernunft geboten erheint.

Sparmaßnahmen des Reichstages. Die Denkschriften des Rechnungshofes.

Berlin, 23. November.
Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat dem Reichstag den Bericht über die Denkschriften des Rechnungshofes vorgelegt und dabei in bemerkenswerter Weise Stellung zu einer Anzahl von Fragen genommen, die durch die Denkschriften des Rechnungshofes zur Erörterung gestellt worden sind.
Der Haushaltsausschuß hat sich die Feststellungen des Rechnungshofes zu eigen gemacht, daß die Bestimmungen über die Berechnung des Besoldungsablenkers dringend einer Durchsicht im Sinne einer Vereinfachung und einer klaren unabweisigen Darstellung für die mit der Festlegung des Besoldungsablenkers betrauten Stellen bedürfen.
Er hat sich alsdann weiterhin besonders mit der Finanzordnung der Wehrmacht befaßt. Insbesondere kann der Zukunft, daß ein großer Teil der Ausgaben in der Wehrmacht überhaupt nicht geprüft wird, auf die Dauer nicht beibehalten werden. Es wird angestrebt werden müssen, daß die Vorrückung bei der Wehrmacht möglichst erweist wird und auch die Prüfung des Rechnungshofes in angemessener Weise stattfinden. Nützlichens wird zu diesem Zwecke eine Verklärung des Personalbestandes des Rechnungshofes ins Auge gefaßt werden müssen. Weiterhin sind die Verhältnisse, insbesondere der Marine, gegen die Haushaltsordnung gerügt worden, denn es find bei der Marine verschiedentlich haushaltsrechtlich unzulässige Zuschüsse festgesetzt worden. Es ist wieder gefordert, Bekände an Verbrauchskosten, z. B. Kohlen, zu halten, die das Mehrfache des Jahresverbrauches darstellen, noch ist es erlaubt, etwaige Reste bei den entsprechenden Titeln beim Schluß des Haushaltsjahres buchmäßig noch zu veräußern. Der Haushaltsausschuß hat vorgeschlagen, daß der Reichsfinanzminister Schritte unternimmt, um die verlässliche Verantwortung zu gewährleisten.

Die überlasteten preussischen Gerichte.

Eine amtliche Zusammenfassung.

Berlin, 24. November.
Aus Anlaß der bevorstehenden Haushaltsberatung im Reichstagen Landtag wird vom Justizministerium eine Uebersicht über die Arbeit der preussischen Gerichte gegeben, aus der sich ergibt, daß das Jahr 1928 gegenüber 1913 eine Zunahme von 498 782 Prozentsachen auf 788 812 aufweist, also um 290 030 oder 58 Prozent gegenüber einer Steigerung der Vorkriegszeit um nur etwa 26 Prozent. Gegenüber der Vorkriegszeit weisen nur die Uebersetzungsgerichte einen Rückgang auf, der für die Belastung der Gerichte wenig bedeutet, weil er in der gebänderten Angelegenheiten der Polizeibehörden, der Beschleunigung des polizeilichen Strafverfahrens und der Verringerung der Prokurationsgebühren seinen Grund hat und daher die Gerichte nur von der Beurteilung der am einfachsten liegenden Uebersetzungsachen befreit.

Die eigentliche Belastung der Strafgerichte, die in den Verbrechen und Vergehen nach dem Ausbruch kommt, entspricht zahlenmäßig der Vorkriegszeit, ist aber tatsächlich erheblich größer, weil jetzt monatlich etwa 1500 einfache Vergehen nach dem Grund der Forderung des Reichsrechts nicht mehr zur Verurteilung kommen. Die Erziehung beruht in der Hauptsache auf dem Herortreten der besonders großen und der politischen Straftaten, sie beruht weiterhin in stärkeren Sicherungen des Angeklagten (Haltprüfverfahren, erweitertes Recht auf Weiserehebungen, Auffassung des physischen Grundes für die Tat), der Reform des Jugendgerichtsverfahrens und dem Ausbau des Gnadenverfahrens, das nicht nur durch die notwendige Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens erhebliche Arbeit verursacht, sondern gleichzeitig auch die Strafvollstreckung gegenüber der Vorkriegszeit sehr wesentlich erschwert hat.

Die weitere Arbeitsvermehrung gegenüber der Vorkriegszeit ergibt sich u. a. durch die Aufwertungsgelegenheit und die damit zusammenhängende Unübersichtlichkeit des Grundbuches.

Eine Folge der Novemberwahlen.

Umwandlung des Staatsrates und des Reichsrates.

Berlin, 24. November.
Der Großwahltag vom 17. November hat zur Folge, daß auch Veränderungen des preussischen Staatsrates im ganzen und des Reichsrates zu einem identischen Teil eintreten. Die Mitglieder des Staatsrates und ihre Stellvertreter werden von den Provinziallandtagen gewählt. In Berlin geschieht die Wahl durch die Stadtverordnetenversammlung, in den Subprovinzen durch die Provinzialparlamentarier. Die Mitglieder des Reichsrates werden unmittelbar nach der Neuwahl der einzelnen Provinziallandtage neu gewählt.

Als erster Provinziallandtag wird der brandenburgische Landtag am 26. November in der Mitte Dezember, während die übrigen Provinziallandtage etwa bis Ende Februar sich konstituieren haben werden. Erst dann ist auch ein Uebersicht möglich, welche personellen Veränderungen im Staatsrat und im Reichsrat eintreten. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates und der Reichsratsvertreter, die durch die preussischen Provinzen zu bestellen sind, anders aussehen wird.

find die Verhältnisse, insbesondere der Marine, gegen die Haushaltsordnung gerügt worden, denn es find bei der Marine verschiedentlich haushaltsrechtlich unzulässige Zuschüsse festgesetzt worden. Es ist wieder gefordert, Bekände an Verbrauchskosten, z. B. Kohlen, zu halten, die das Mehrfache des Jahresverbrauches darstellen, noch ist es erlaubt, etwaige Reste bei den entsprechenden Titeln beim Schluß des Haushaltsjahres buchmäßig noch zu veräußern. Der Haushaltsausschuß hat vorgeschlagen, daß der Reichsfinanzminister Schritte unternimmt, um die verlässliche Verantwortung zu gewährleisten.

den an der Verlegung des Reichsrechts beteiligten Beamten festzustellen und die erforderlichen Maßnahmen gegen diese Beamten zu treffen. In diesem Zusammenhang hat der Haushaltsausschuß auch bemängelt, daß mehrfach nicht geprüft worden ist, ob sich eine zivilrechtliche Haftbarmachung von Beamten in den Fällen durchzuführen ließe, wo durch die Faltung dieser Beamten dem Reiche erheblicher Schaden entstanden ist. Schließlich wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Prüfung der Verhältnisse bei der Reichsbahn und der Reichspost durch den Rechnungshof bedauerlicherweise nicht mehr erfolgt. Es erheint dringend notwendig, bei der Durchführung des Young-Planes unter allen Umständen das volle Prüfungsrecht des Rechnungshofes bei der Reichsbahn wieder herzustellen.

Was die Reichsbahn anlangt, so hat die dem Rechnungshof ein weiteres Kontrollrecht bestritten. Nach Auffassung des Rechnungsausschusses des Reichstages sind aber vom Finanzminister die Interessen des Reiches gegenüber dieser ablenkenden Haltung der Reichsbahn nicht voll durchgesetzt worden. Der genannte Ausschuß des Reichstages ist der Meinung, daß trotz der besonderen Rechtsstellung der Reichsbahn eine Kontrolle des Rechnungshofes gegenüber der Reichsbahn in dem Umfange, in dem er sie früher ausgeübt hat, nicht nur zulässig, sondern auch geboten ist.

Es erheint dringend notwendig, daß die Reichsregierung bei der Annahme des Young-Planes auch für die volle Wiederherstellung des Kontrollrechts des Rechnungshofes bei der Reichsbahn sorgt.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz wieder genesen.

Berlin, 23. November. Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der erste Vorsitzende der völksparteilichen Reichstagsfraktion ist genesen und hat das Krankenhaus verlassen. Er muß sich allerdings einer gewissen Schonung unterziehen und wird darum wohl zunächst einen Erholungsurlaub antreten.

Vom deutsch-nationalen Reichsparteitag

Sonderberatungen in Kassel.
Der zweite Verhandlungstag des deutsch-nationalen Reichsparteitages begann mit einer Sitzung der Parteiverwaltung, in der nach dem Bericht des Parteivorstandes Eugen Berg die Berichte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und der preussischen Landtagsfraktion erstattet. In einer Sitzung des deutsch-nationalen Lehrerbundes sprach Landtagsabgeordneter Dr. Weimann-Nemisch über „Freiheit der Persönlichkeit und preussische Kulturpolitik“.

Auf der Tagung des Ausschusses für die Heilbrunn stand die Reform der Wehrverpflichtungsordnung zur Beratung, über die Dr. Heubert-Berlin berichtete. Auf einer Sonderberatung des Bismarckbundes, an der auch der Parteivorstand Dr. Eugen Berg teilnahm, sprach der Reichsführer des Bismarckbundes über die Stellung des Bundes zum deutsch-nationalen Reichsparteitag.



Die Verhandlung ist nicht gekommen, aber die Zeit hat manche Schwierigkeiten überwinden helfen, mit denen die politische Wirtschaftspolitik zuerst nicht fertig werden zu können glaubte. Sie hat aber leider in demselben Maße vorhandene handelspolitische Schwierigkeiten gelockert und neue geschaffen. Die lange Dauer des Zollkrieges mußte dazu führen, daß die politischen Kaufleute sich neue Geschäftsverbindungen in Standorten und in England suchten und niemand weiß, wann wir wieder einmal in dieses Geschäft hineinkommen werden. Zerschlagen ist auch der kleine Grenzverkehr und damit tausende von selbständigen Existenzen des kaufmännischen Mittelstandes. An einer Zollgrenze von über 1800 Kilometer ist viel nationale Kraft auf diese Weise vergeudet, viel wirtschaftliche Energie zerstört worden.
Man darf wohl sagen, daß es in all diesen Jahren an Stimmen, die zur Verständigung mahnten, nicht gefehlt hat. Aber es ist selbstverständlich, daß die jahrelange Dauer des Zollkrieges nicht nur neue Geschäftsverbindungen, sondern auch neue industrielle Unternehmungen in Polen selbst hat entstehen lassen und daß nunmehr Unternehmern und Arbeiterschaft in diesen Wirtschaftszweigen sich an der Aufrechterhaltung des handelspolitischen Kriegszustandes interessiert glauben. Auch auf deutscher Seite ist es verständlich, daß die Landwirtschaft, nachdem sie jahrelang vom Druck der polnischen Konkurrenz frei war, im übrigen aber aus Gründen, die zur Genüge diskutiert sind, eben auch nicht erfolgreich wirtschaften konnten, sich heute mehr denn je gegen den Gedanken einer Erneuerung dieses Konkurrenzkampfes wehrt. Das Reichsernährungsministerium hat jahrelang mit allen Mitteln diesen Standpunkt der deutschen Landwirtschaft für den deutschen Reichswohl vertreten.
Schneller hat sich die Situation insofern geändert, als die größten Schwierigkeiten unweifelhaft seitens Polen gemacht wurden. Und nun stehen wir auf einmal wieder vor Vereinbarungen, die zum Teil, wie der Liquidationsvertrag, schon vorliegen, oder die, wie der Handelsvertrag, noch mit dem geheimnisvollen Schleier antiken Sachverständigen verhüllt sind, über dessen Inhalt man nur gelegentlich dieses und jenes hört. Was